

Stand: 01.05.2026 04:11:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4274

"Stromnetze entlasten - Intelligente Stromspeicher fördern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4274 vom 05.12.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5672 des WI vom 25.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.03.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6002 vom 27.03.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Stromnetze entlasten – Intelligente Stromspeicher fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Ausbau von netzdienlichen Stromspeichern in Bayern zum Erfolg der Energiewende beiträgt und verstärkt gefördert werden muss.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, ein Förderprogramm in Höhe von fünf Mio. Euro zur Nachrüstung von Stromspeichern zu netzdienlichen Speichern zu entwerfen und im Jahr 2025 an den Start zu bringen. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel im Haushaltsposten „Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen für Maßnahmen der Energiewende“ im Kap. 07 05 des Haushaltsplans 2024/2025.

Begründung:

Stromspeicher spielen eine immer wichtigere Rolle in der Energiewende und im gegenwärtigen Stromsystem. Bei hoher Verfügbarkeit erneuerbaren Stroms und daraus resultierenden niedrigen oder sogar negativen Strompreisen besteht die Möglichkeit, mithilfe von intelligenten Stromspeichern Stromnetze vonseiten der Verbraucher zu entlasten.

Stromspeicher, die oftmals in Kombination mit einer PV-Anlage (PV = Photovoltaik) installiert werden, sind derzeit meist nicht netzdienlich, sondern hauptsächlich auf den Eigenverbrauch optimiert. Nach Aussage des Bayernwerks sind derzeit nahezu keine netzdienlichen Heimspeicher im Netzgebiet installiert. Im vergangenen Jahr wurden jedoch alleine im Gebiet des Bayernwerks über 46 000 Speicher verbaut.

Die Heimspeicher laufen jedoch schon vormittags voll und sind gegen 10.00 Uhr oder 11.00 Uhr meist vollständig geladen. In der Erzeugungsspitze über die Mittagsstunden von 11.00 Uhr bis 14.00 Uhr stehen sie dann als Pufferspeicher nicht mehr zur Verfügung. Das Stromnetz kann so gerade in der für das Netz kritischen Mittagszeit nicht mehr entlastet werden. Um diesem Problem zu begegnen, sollten Stromspeicher optimiert und netzdienlich eingesetzt werden. Über intelligente Anwendungen, welche zum Beispiel mit Wetterprognosen arbeiten, ist dies heute bereits möglich.

Mit dem PV-Speicherprogramm der Staatsregierung wurden bis 2022 mehrere Zehntausend private Stromspeicher gefördert. Netzdienlichkeit war allerdings kein Kriterium für die Förderung. Das war ein großer Fehler des Förderprogramms. Und so wurden die vielen Millionen Steuergeld nicht optimal eingesetzt.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, ein entsprechendes Förderprogramm aufzulegen, in welchem die Nachrüstung von Stromspeichern zu netzdienlichen und intelligenten Stromspeichern gefördert wird.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/4274**

Stromnetze entlasten - Intelligente Stromspeicher fördern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Markus Saller**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 6. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 25. Februar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Hohe Haus zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl einer Vizepräsidentin und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD sowie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; Umsetzung des Europäischen Forschungsraums (EFR) – Stärkung von Forschung und Innovation in Europa:
 Der Weg des EFR und künftige Ausrichtungen
 (COM)2024 490 final
 BR-Drs.: 583/24
 Drs. 19/4683, 19/5826

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/5826 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Verfassungsstreitigkeiten

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 8. Januar 2025 (1 BvR 2525/24 / 1 BvR 2524/24) betreffend Verfassungsbeschwerden gegen das Unterlassen der Länder, die aktuelle Beitragsempfehlung der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) umzusetzen, insbesondere den monatlichen Rundfunkbeitrag vom 1. Januar 2025 um 0,58 Euro auf 18,94 Euro zu erhöhen
PII-3001-5-65
Drs. 19/5767 (E)

Über die Verfassungsstreitigkeit wird gesondert beraten.

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Januar 2025 (Vf. 13-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2119 der Landeshauptstadt München vom 20. Dezember 2024
PII-3001-5-65
Drs. 19/5763 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 7-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 19 „Friedhofserweiterung Ilimmünster“ vom ? (beschlossen am 27. Oktober 2009) der Gemeinde Ilimmünster
PII-3001-2-17
Drs. 19/5764 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Historisches Erbe anerkennen, Verantwortung übernehmen –
Förderung für den Erinnerungsort Halle 116 durch den Freistaat Bayern
Drs. 19/3521, 19/5668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Katastrophenschutz zukunftsfest aufstellen –
Mehr dringend benötigtes Personal an den Regierungen schaffen!
Drs. 19/4092, 19/5670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Martina Fehlner u.a. SPD
Berichts Antrag: Rechtskonforme Umsetzung der Bezahlkarte in Bayern
Drs. 19/4269, 19/4822 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stromnetze entlasten – Intelligente Stromspeicher fördern
Drs. 19/4274, 19/5672 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Daniel Artmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energiespeicher-Strategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung
Drs. 19/4287, 19/5673 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl ist kein Asylgrund – Rechtsstaatlichkeit wahren und geltendes Recht konsequent durchsetzen
Drs. 19/4607, 19/5674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Ausdünnen der Ökoregelungen zulasten der Agrarökologie – Förderung von Agroforst weiterhin anbieten
Drs. 19/4672, 19/5667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Ausdünnen der Ökoregelungen zulasten der Planungssicherheit – Kompromisse respektieren und beschlossene Förderung der Weidehaltung von Milchkühen ab 2026 umsetzen
Drs. 19/4673, 19/5669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Schulden des Freistaates bei den Kommunen begleichen – Beendigung des staatlichen Auszahlungsrückstaus an die Kommunen
Drs. 19/4681, 19/5671 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
„Cancel Culture“ im Deutschen Museum verurteilen!
Drs. 19/4708, 19/5675 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/4274, 19/5672

Stromnetze entlasten – Intelligente Stromspeicher fördern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian Köhler

Abg. Martin Mittag

Abg. Josef Lausch

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stromnetze entlasten - Intelligente Stromspeicher fördern (Drs. 19/4274)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erneuerbarer Strom ist viel zu schade, um ihn wegzuwerfen. Aber das sehen wir in Bayern immer mehr. Allein im Jahr 2024 wurde Solarstrom in einer Größenordnung von 1 Terawattstunden, also 1 Milliarde Kilowattstunden, abgeregelt, weggeworfen. Das ist ein Schaden von 116 Millionen Euro. Das ist dreimal mehr als im Jahr 2023. So kann es einfach nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt zwei Möglichkeiten, um die Erzeugungsspitzen, die gerade im Solarbereich sehr stark auftreten, wirklich zu nutzen:

Die eine Möglichkeit ist die räumliche Verschiebung über die Netze. Wir brauchen wirklich einen Stromnetzausbau. Wir sehen leider, dass beginnend im Jahr 2014 die Staatsregierung aus CSU und jetzt zunehmend auch FREIEN WÄHLERN beim Stromnetzausbau massiv blockiert. Man hat es vielleicht so langsam verstanden, aber es tut sich einfach viel zu wenig beim Stromnetzausbau.

Die zweite Möglichkeit ist die zeitliche Verschiebung. Die zeitliche Verschiebung kann über Speicher funktionieren. In Bayern gibt es jetzt zwar rund 300.000 Heimspeicher. Wir hatten in Bayern ein Förderprogramm, bei dem Wirtschaftsminister Aiwanger die Förderung von Heimspeichern zugesagt hat. In dieses Förderprogramm sind 100 Millionen Euro geflossen, 100.000 Speicher wurden gefördert. Aber der Knackpunkt ist,

dass kein einziger dieser 100.000 Speicher, die mit viel Geld vom Freistaat gefördert wurden, netzdienlich ist. Aber darum geht es doch. Diese Fehler müssen wir jetzt im Nachhinein wieder ausbügeln. Dazu fordere ich Sie heute mit unserem Antrag auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch einmal, um den Begriff der Netzdienlichkeit zu erklären, vielleicht hat es der eine oder andere immer noch nicht ganz verstanden: Es hilft uns einfach nichts, wenn wir Speicher in den Wohnhäusern rumstehen haben, die um 10 Uhr oder um 11 Uhr an einem sonnigen Tag voll sind und dann eben nicht mehr die Erzeugungsspitzen abpuffern können. Diese Speicher müssen einfach intelligenter sein. Mittlerweile gibt es intelligente Managementsysteme, die nachgerüstet werden können. Die kann man einbauen. Das wäre wichtig gewesen, das von Anfang an im Förderprogramm festzuschreiben, um Solarspitzen abpuffern zu können. Das wäre notwendig gewesen.

Die Situation ist dramatisch. Ich hoffe, dass das viele von Ihnen mittlerweile schon mitbekommen haben. Wenn es an Feiertagen wie Ostern oder Pfingsten hohe Solarstromeinspeisungen gibt, dann ist das durchaus kritisch. Das ist kritisch für unser Stromnetz, weil diese Spitzen einfach unser Stromnetz sehr stark in Stress versetzen. Da müssen wir ran. Diese Maßnahmen müssen wir anpacken. Da hilft es einfach nichts, wenn sich die Staatsregierung immer nur hinstellt und sagt: Ja, wir sind Spitzenreiter bei der installierten Leistung von Photovoltaik. – Wenn der Strom aber nicht zum Verbraucher kommt, dann hilft uns die ganze installierte Leistung nichts. Deswegen: Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme aus dem Landkreis Ansbach. Um Ihnen das noch einmal darzustellen: Die N-ERGIE ist der Verteilnetzbetreiber von Mittelfranken. Bei der N-ERGIE wird keine einzige Solarstromanlage, die größer als 30 kWp ist, mehr angeschlossen. Das Netz ist komplett voll. Die Möglichkeiten von Speichern oder Ertüchtigungen des Netzes werden überhaupt nicht genutzt.

Im Jahr 2021, vor vier Jahren, hat das Wirtschaftsministerium vier Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die eine sehr gute Arbeit gemacht haben. 25 Maßnahmen wurden aufgeschrieben, was man denn alles zur Ertüchtigung des Verteilnetzes machen könnte; sie schlummern irgendwo in den tiefsten Schubladen des Wirtschaftsministeriums. Kein Mensch kümmert sich darum, dass man hier endlich einmal anpackt.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Das stimmt doch nicht!)

Da sind Maßnahmen enthalten wie zum Beispiel die Reduzierung des Baukostenzuschusses bei einem größeren Speicher. Die Bundesnetzagentur schüttelt nur den Kopf darüber, was wir hier in Bayern an Baukostenzuschüssen verlangen, obwohl die Hütte brennt und wir diese Probleme haben. Die Probleme sind da und reihen sich immer mehr auf, aber Sie tun überhaupt gar nichts, um das endlich einmal anzupacken.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Ihr habt es in Berlin versaubeutelt!)

Sie ziehen nicht einmal Ihre eigenen Papiere aus dem Wirtschaftsministerium heraus und packen nicht an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie heute deshalb dazu auf, jetzt endlich einmal den Netzausbau anzupacken und die bestehende Infrastruktur mit einfacheren Maßnahmen wie Temperatureilmonitoring usw. zu ertüchtigen. Wir fordern Sie aber auch dazu auf, an die Speicher heranzugehen und die eigenen Papiere wenigstens einmal herauszuziehen und hier anzupacken.

Ich bin schon gespannt auf die Rede des Kollegen Mittag, der wahrscheinlich wieder sagen wird, wir sind spitze. – Sie sind es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian Köhler.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines, der Abriss modernster Kohle- und Kernkraftwerke sowie die Stilllegung milliardenstarker Gasnetze – Ihre Partei ist hierfür der Inbegriff. Sie steht für den größten Angriff auf die Industrie in Deutschland und auf die deutsche Infrastruktur seit Bestehen der Bundesrepublik.

Jetzt fordern Sie auch noch Steuergelder für den Ausbau sogenannter intelligenter Stromspeicher, obwohl das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik diese als – ich zitiere – erhebliches Gefährdungspotenzial einstuft. Wollen Sie es nach der selbstverschuldeten Zerstörung unserer Energieversorgung ausgerechnet ausländischen Akteuren noch leichter machen, unser Stromnetz abzuschalten?

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Welche Drogen hat denn der genommen?)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wo Sie immer diese Zitate her haben! Ein Stromspeicher soll eine Gefahr sein? – Darauf kann man einfach nicht eingehen. Sie erfinden Sachen. Sie erfinden auch Quellen in Ihren Anträgen

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

und stellen irgendwelche waghalsigen Behauptungen auf. Das hat mit der Realität nichts zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Martin Mittag.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Stümpfig, ich freue mich ja, dass Sie sich freuen, dass ich Ihren Antrag jetzt ein bisschen zerlegen darf. Das fällt mir nicht sehr schwer. Das will ich vorneweg sagen.

Ich beginne aber mit dem Positiven. Eines eint uns: Ich glaube, wir sind beieinander, dass das Thema intelligenter Speichermöglichkeiten eine Chance und ein wichtiger Baustein für die Energiewende ist. Das ist aber schon das Einzige, was uns bei diesem Antrag eint.

Es ist nicht damit getan zu sagen, es würde am Freistaat Bayern liegen. Das machen Sie immer sehr gerne. Normalerweise nehmen Sie auch noch andere Bundesländer zum Vergleich her. Ich kann Ihnen sagen, warum Sie das nicht getan haben. Es gibt nämlich derzeit nur ein einziges Bundesland, in dem es eine Speicherförderung – nicht eine Finanzierung oder ein Darlehen – gibt. Diese Speicherförderung wird übrigens vom Freistaat Bayern bezahlt. Diese Förderung gibt es im Stadtstaat Berlin, an den ein Großteil unserer Mittel aus dem Länderfinanzausgleich geht. Man könnte sich einmal überlegen, wie man vielleicht anders an die Sache herangehen könnte, wenn wir im Freistaat Bayern möglicherweise mehr Geld hätten. Sie könnten sich einmal dafür starkmachen. Sie tun das aber immer nicht. Das ist immer das Problem. Sie sind für den Freistaat Bayern gewählt, haben aber für den Freistaat Bayern oft leider sehr, sehr wenig übrig. Sie wollen den Freistaat Bayern schlechtreden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist genau das Thema.

Ich habe schon gesagt, dass es diese Förderungen auch in anderen Bundesländern nicht mehr gibt. Das hat einen Grund: Die Zuständigkeit dafür liegt in Berlin; dort müsste der große Schritt gemacht werden.

Sie waren drei Jahre lang dran. Sie sind die selbsternannten Könige und die Spitzen-Bescheidwisser im Bereich der erneuerbaren Energien und wie das alles laufen kann. Sie als GRÜNE sind das, zumindest sagen Sie es.

Die letzten drei Jahre in Berlin haben gezeigt, dass genau das Gegenteil wahr ist. Sie haben keine Entscheidungen getroffen. Sie haben sich nicht um das EEG gekümmert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man müsste vielleicht einmal sagen, dass hier eine Reform wichtig wäre. Es geht nämlich nicht mehr darum, den Menschen möglichst hohe Einspeisevergütungen anzubieten, sondern es geht darum, wie man den Strom vielleicht intelligent selbst nutzen kann; es geht nicht um möglichst viele Förderungen, sondern darum, richtig zu investieren. Sie haben das nicht getan. Ihr grüner Minister war drei Jahre lang an der zuständigen Stelle in Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich würde Ihnen insofern einfach zurufen: Gott sei Dank sind Sie nicht mehr in Regierungsfunktionen der Bundesregierung!

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Sagen Sie auch etwas zum Antrag?)

Zum Thema des künftig richtigen Umgangs mit dem Freistaat Bayern: Machen Sie sich einmal dafür stark, dass sich der Freistaat Bayern gut entwickeln kann. Machen Sie das nicht mit solchen Anträgen, die von Ihrer Unfähigkeit in Berlin ablenken; machen Sie sich dafür stark, dass wir im Freistaat Bayern – zum Beispiel über den Länderfinanzausgleich – mehr Geld bekommen, um mehr Geld einzusetzen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Wollen Sie auch etwas zum Antrag sagen?)

– Herr Kollege Pargent, Sie brauchen nicht nachzureden, was der Kollege Stümpfig dazwischenruft. Ich habe das sehr wohl gehört.

(Tim Pargent (GRÜNE): Ich frage ja bloß!)

Zu dem Antrag gibt es nicht mehr zu sagen, weil der Antrag das Thema einfach nicht komplett abdeckt. Der Antrag ist nicht ausgegoren. Die Fehler liegen nicht beim Freistaat Bayern, sondern in Berlin. Wir müssen das jetzt angehen; Sie haben das drei Jahre lang nicht getan. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Mittag, es ist schade, dass Ihnen zu einem Antrag, in dem es um ein bayerisches Förderprogramm geht, nicht mehr als Bashing auf die Ampel-Regierung einfällt. Das ist wirklich traurig.

Es ist ein bayerisches Förderprogramm. Es geht um das 10.000-Häuser-Programm, in das 100 Millionen Euro für rund 100.000 geförderte Heimspeicher flossen. Wir haben von Anfang an gesagt: Heimspeicher helfen uns nichts; wir brauchen intelligente Steuerungssysteme, damit die Heimspeicher ihren Nutzen fürs Stromnetz ausspielen. – Das ist nicht gemacht worden. Von daher ist es ein ganz konkreter Antrag, das jetzt nachzurüsten und die Fehler, die Sie gemacht haben – die Ampel-Regierung kann für Ihr schlechtes Förderprogramm nichts –, wieder auszubügeln.

Noch eine kurze Anmerkung: Ich hätte gerne eine Einschätzung – Sie haben noch einmal eine Minute Redezeit –, wie Sie zu einer solchen Nachrüstung stehen.

Und noch ein kurzer Punkt zum Thema Windkraft: Bei einer aktuellen Ausschreibung hat Nordrhein-Westfalen 200 Zuschläge bekommen, Bayern 22. Es geht langsam wieder aufwärts. Das geschieht nur aufgrund des Wind-an-Land-Gesetzes der Ampel-Regierung, von Robert Habeck ins Leben gerufen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Eine Minute!)

Sonst wären wir bei der Windkraft immer noch ganz unten.

(Michael Hofmann (CSU): Herr Präsident!)

Es gibt eine Überbauung von Netzeinspeisepunkten.

(Martin Wagle (CSU): Zeit!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Es gibt viele Punkte, bei denen man sagt, da tut sich endlich etwas. Das sind wirklich die Tatsachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Mittag (CSU): Kollege Stümpfig, jetzt haben Sie die Möglichkeit genutzt, nicht zum Antrag, sondern wieder zu Ihrem Lieblingsbaby Windkraft zu reden. Das ist natürlich auch eine Möglichkeit, wieder mit dem Bashing zu kommen, wie schlecht es der Freistaat Bayern macht.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist richtig!)

Ich will darauf gar nicht weiter eingehen.

Vielleicht doch einmal zu Ihrer Zwischenbemerkung zum Antrag: Das 10.000-Häuser-Förderprogramm war natürlich richtig. Ich sage Ihnen aber, wo wieder das Problem liegt – ich habe es gerade schon gesagt –: Solange wir das EEG nicht ändern,

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Genau!)

werden wir noch tausend Überlegungen machen können. Wir müssen dort herangehen, wo die grundlegenden Probleme sind. Das hätten Sie tun müssen. Sie haben es nicht getan.

Nicht ohne guten Grund haben alle Bundesländer ihre Programme eingestellt – alle bis auf Berlin! Das zahlt aber, wie schon gesagt, der Freistaat Bayern.

Noch einen Satz, den ich vergessen hatte: Sie haben gesagt, wir hätten den Netzausbau verhindert. Bei jeder Demonstration waren Ihre Vertreterinnen und Vertretern mit ganz großen Schildern gestanden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sind immer noch diejenigen, die möglichst viele Gutachten machen und möglichst viel schauen wollen, wie viele Eingriffe in irgendwelche Belange, die Ihnen gefallen, notwendig sind, um irgendetwas zu verhindern. Das ist Ihre Verhinderungspolitik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal sehen wir den Versuch der GRÜNEN, mit Steuermillionen ein weiteres "grünes Wunder" zu erzwingen. Doch in der Realität ist dieser Antrag nichts anderes als ein kostspieliger Irrweg.

Erstens. Die Kosten explodieren, während die Versorgungssicherheit schrumpft. Wir haben bereits jetzt ein massives Problem mit der wetterabhängigen Energieerzeugung: Mal gibt es zu viel Strom, mal zu wenig. Das treibt die Preise in die Höhe. Allein die Entschädigungszahlungen für abgeschaltete Anlagen der erneuerbaren Energien haben sich zwischen 2013 und 2023 von 0,2 Milliarden Euro auf 3,1 Milliarden Euro versechzehnfacht. Die Prognose für das Jahr 2026 liegt bei unfassbaren 6,5 Milliarden Euro.

Was schlagen uns die GRÜNEN jetzt vor? – Noch mehr Steuergelder in das Fass ohne Boden zu werfen. 5 Millionen Euro sollen für Stromspeicher ausgegeben werden, während die bayerischen Kommunen ein Finanzierungsdefizit von 5 Milliarden Euro haben. Meine Damen und Herren, so sieht keine verantwortungsvolle Politik aus.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens. Die Speicherkapazitäten sind völlig unzureichend. Die GRÜNEN träumen davon, dass Speicher die Stromprobleme der Energiewende lösen. Doch die Realität sieht anders aus. Bayern hat eine tägliche Stromnachfrage von rund 223 Gigawattstunden. Alle vorhandenen Speicher in Bayern, inklusive aller Pumpspeicher und Batteriespeicher, könnten nur 43 Minuten Strom liefern. Bei den vielen Gewerbe- und Heimspeichern sind es gerade einmal 16 Minuten. Insgesamt wären das also 5 Millionen Euro für lausige 59 Minuten. Meine Damen und Herren, das ist nicht einmal eine volle Stunde.

Für eine funktionierende Energiewende bräuchten wir bundesweit 80 Terawattstunden Speicherkapazität. Derzeit haben wir aber nur 0,036 Terawattstunden. Wir bräuchten also eine Vergrößerung um den Faktor 1.000. Liebe GRÜNE, das ist nicht machbar, nicht bezahlbar und nicht sinnvoll.

Drittens. Intelligente Speicher sind ein Einfallstor für Kontrolle und Manipulation. Die GRÜNEN loben in ihrem Antrag netzdienliche Stromspeicher als Zukunftstechnologie. Was bedeutet das konkret? – Eine weitere Verschwörungstheorie wurde von den Verschwörungspraktikern umgesetzt. Seit Januar 2024 kann die Bundesnetzagentur bereits Stromrationierungen für private Haushalte durchsetzen. Heute sind es Ladestationen für E-Autos und Wärmepumpen, morgen ist es Ihr gesamter Haushalt. Wenn dann noch ausländische Akteure eingreifen? – Selbst "Der Spiegel" berichtete erst kürzlich, dass ein Großteil der intelligenten Stromspeicher von chinesischen Firmen produziert wird und theoretisch ferngesteuert werden kann. Nachdem Sie uns immer eine Nähe zu Russland vorwerfen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zu Recht!)

möchte ich einmal die Frage aufwerfen: Welchem chinesischen kommunistischen Funktionär sind Sie von den GRÜNEN etwas schuldig?

(Beifall bei der AfD)

Wollen Sie wirklich, dass Hacker oder fremde Geheimdienste Einfluss auf unsere Stromversorgung haben?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So wie die Russen?)

Wollen Sie wirklich, dass der deutsche Staat dem Bürger vorschreiben kann, wann er Strom verbrauchen darf und wann nicht? – Wir sagen: Nein.

– Herr Pohl, nun zu Ihrem Zwischenruf mit den Russen. Wissen Sie, wir von der AfD haben nicht beschlossen, dass die Nord-Stream-Pipelines gelegt werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr hängt aber dauernd in Moskau rum!)

Das war Rot-Grün. Letzten Endes wurde dieser Kurs vom Kabinett Merkel weitergeführt. Das können Sie doch nicht uns vorwerfen. Meine Damen und Herren, Sie haben doch die deutsche Wirtschaft erst in diese Abhängigkeit gebracht.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Putins best friends!)

Fazit: Realismus statt grüner Phantasie! – Das ist das Gebot der Stunde. Dieser Antrag ist ein Paradebeispiel für grüne Wunschpolitik. Sie ist teuer, wirkungslos und mit massiven Risiken behaftet. Anstatt Milliarden in eine unausgereifte Technologie zu pumpen, brauchen wir eine grundsätzliche Neuausrichtung der Energiepolitik. Wir brauchen Technologieoffenheit, sichere Energiequellen wie Kohle, Gas und Kernkraft und dadurch bezahlbaren Strom für unsere Bürger. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Josef Lausch.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Hochgeschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Netzdienliche Speicher sind tatsächlich ein wichtiges Thema für die Energiewende. Ich habe schon im Jahr 2011 den ersten Prototyp in meinem Keller

installiert. Er ist inzwischen samt dem Wechselrichter leider Geschichte. Netzdienliche Speicher dienen insbesondere dazu, die Netze zu entlasten; sie könnten auch zur Senkung der Strompreise beitragen.

Herr Kollege Stümpfig, die GRÜNEN sprechen hier also in der Tat ein wichtiges Thema an. Wie so oft hat aber dieser Antrag der GRÜNEN starke inhaltliche und fachliche Schwächen. Das passt auch zur Amtsführung des inzwischen Gott sei Dank ehemaligen Wirtschaftsministers Habeck. Der Antrag ist sehr dünn und umfasst nur eine Seite. Klar ist, auf einer einzigen DIN-A4-Seite kann man ein solch komplexes Thema nicht rüberbringen. Daraus wird schon deutlich, dass es sich hier um nicht mehr als eine Scheinpolitik handelt.

Für viele Betreiber von Heimanlagen, also von privaten PV-Anlagen, gibt es eine feste Vergütung über das EEG, sodass gar kein Anreiz besteht, diesen Strom selbst zu verbrauchen oder einen kapitalintensiven Speicher zu installieren. Der finanzielle Anreiz für Anlagen, die über 20 Jahre alt und aus dem EEG herausgefallen sind, wird kommen. Aktuell würden jedoch große Teile dieses Förderprogramms ins Leere laufen.

In Ihrem Antrag fehlt mir zum Beispiel, dass eine Ost-West-Ausrichtung der PV-Anlagen absolut sinnvoll ist, um die Stromspitzen in den Mittagsstunden besser zu verteilen. Die Stromerzeugung läuft dann über mehrere Stunden. Auch das würde zu einer Entspannung beitragen. Die Ampel-Regierung hätte drei Jahre lang die Möglichkeit gehabt, die Rahmenbedingungen vernünftig anzupassen. Das wäre viel vorteilhafter als ein kleinteiliges Förderprogramm gewesen.

Ihr Antrag enthält auch viele unkonkrete Vorgaben. Durch die Vielzahl der Anbieter von Wechselrichtern und Speichern gibt es keinen einheitlichen Weg zur Herstellung der Netzdienlichkeit. Nirgends wird beschrieben, wo eine Anpassung der Hardware nötig wäre, wie die Software-Updates laufen sollen und wie genau vorgegangen werden soll. Das haben Sie nicht präzise dargelegt.

Sie fordern mit diesem Antrag 5 Millionen Euro. Seien wir ehrlich: Ein Teil dieses Geldes würde schon in der Verwaltung durch die Bürokratie versickern. Viele Wechselrichter müssten ausgetauscht werden, weil sie mit ihrer Software nicht netzdienlich arbeiten könnten. Deshalb wären die genannten 5 Millionen Euro wahrscheinlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ich muss meinem Vorredner, Herrn Kollegen Mittag von der CSU, beipflichten: Solange wir fast zweistellige Milliardenbeträge in den Länderfinanzausgleich einzahlen, bin ich nicht bereit, die Defizite der Bundesregierung mit bayerischen Geldern auszugleichen. Das ist sinnlos, das ist nicht fair, und das ist nicht gerecht. Die bisherige Bundesregierung hätte es in der Hand gehabt, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass wir einen Boom bekommen hätten. Stattdessen wurden die Fördermittel gekürzt. Durch die Medien wurden blasphemische Begriffe gejagt, zum Beispiel die "europäische Kupferplatte". Das war nur heiße Luft.

In diesem Sinne ist der Antrag abzulehnen. Wir müssen der kommenden Bundesregierung aber die Hausaufgabe mitgeben, nicht immer auf das bayerische Wirtschaftsministerium zu schimpfen. Die Hausaufgaben, die die vergangene Bundesregierung nicht gemacht hat, müssen von der zukünftigen Regierung erledigt werden. Hier wird Schwarz-Rot in der Bringschuld sein.

Wir dürfen die Energiewende in Zukunft nicht so verschlafen, wie das Bundeswirtschaftsminister Habeck, aber auch sein Vorgänger – so viel Wahrheit muss sein –, Wirtschaftsminister Altmaier, getan haben. Dieser Antrag ist selbstverständlich abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Danke, dass du wenigstens zu Beginn deiner Rede auf den Inhalt eingegangen bist. Ich habe eine Nachfrage, weil du gesagt hast: Speicher sind sinnvoll. Ich habe eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt. Dabei kam heraus: In den über 11.000 staatlichen Liegenschaften seien gerade einmal zwei Speicher in Betrieb. Denkst du, da ist Luft nach oben, dass man eine Initiative starten sollte? Oder wie ist deine Einschätzung zu diesen zwei Speichern?

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Das ist pauschal schwer zu beantworten, weil nicht jeder Speicher überall Sinn macht. Das wissen Sie genauso wie ich. Jetzt auf die Schnelle irgendeine Antwort zu geben, wäre nicht fair oder korrekt. Man muss den Einzelfall anschauen. Im Einzelfall macht es durchaus Sinn; überall aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Stephanie Schuhknecht
(GRÜNE): Zwei Speicher – das ist sehr übersichtlich!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Das ist natürlich nicht schwer zu beantworten, ob in den Tausenden Liegenschaften des Freistaates Bayern zwei Speicher netzdienlich gemacht werden sollten. Vielleicht sollten wir dazu mal einen Untersuchungsausschuss einsetzen.

Ich möchte an dieser Stelle einmal sagen, dass es eine tolle Sache ist, Speicher zu fördern. Am 18. März 2025 hatten wir schon im März einen Rekord bei der Photovoltaik. Im letzten Jahr war der Höchstwert erst im Juni erreicht. 45 Gigawatt wurden aus Photovoltaikanlagen gefördert. Das ist ein toller Erfolg. Auf der anderen Seite, das hat der Kollege Stümpfig zu Recht gesagt, muss der Strom dann abgeregelt werden. Wir haben im zweiten Quartal dieses Jahres schon 550 Millionen Euro an Kosten für Netzmanagement und Redispatch. Das heißt, es wird immer dringender, dass wir Leitungen und mehr netzdienliche Speicher bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

– Wir wollen nicht zur Kohle zurück wie Sie. Sie haben Vorstellungen wie aus den 1930er-Jahren. Wir teilen sie nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Es wäre ein unglaublicher Fortschritt, wenn wir mehr von der sauberen und bezahlbaren Energie behalten könnten, indem wir die Leitungen und Speicher ausbauen. Deswegen finde ich die Idee gar nicht so schlecht: Wenn man schon Speicher in Bayern fördert, sollte man etwas Geld dafür ausgeben, damit diese Speicher netzdienlich werden, damit nicht in der Früh gespeichert wird, sondern am Mittag, wenn die PV-Anlagen am meisten liefern.

(Zuruf des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Dann kann man bei Engpässen, weil Bayern zu wenig Windkraft hat, weil die Leitungen von Herrn Seehofer und Herrn Aiwanger erfolgreich verzögert und verhindert worden sind, wieder ausspeichern. Das würde nutzen und zur Versorgungssicherheit beitragen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Das würde uns auch Geld sparen. Deswegen ist das ein sinnvoller Vorschlag, den man auch gemeinsam diskutieren und beschließen kann. Dann muss man nicht wieder in das übliche Ampel-Bashing verfallen und muss sich nicht gegenseitig Vorwürfe machen. Man könnte ein ganz konkretes Problem gemeinsam lösen. Aber ich weiß schon, dass es für die CSU und die FREIEN WÄHLER die Vorgabe gibt, sinnvollen Anträgen der Oppositionsfraktionen auf keinen Fall zuzustimmen. Lieber werden sinnvolle Anträge später kopiert oder übernommen.

(Zuruf des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

– Ich finde es ganz spannend, dass Sie plötzlich Fündigkeitsrisiken bei der Geothermie durch die LfA absichern wollen. Das haben wir x-mal gefordert. Jetzt machen Sie es, nachdem Sie unsere entsprechenden Anträge immer abgelehnt haben.

Lassen Sie uns doch bitte das prüfen. 5 Millionen sind das nach dem Antrag der GRÜNEN. Wenn man für 15 Millionen Euro eine Reptilienauffangstation bauen kann, kann man auch für 5 Millionen netzdienliche Speicher fördern. Wir werden dem Antrag zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, und zwar vom Abgeordneten Florian Köhler von der AfD-Fraktion.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege von Brunn, Sie haben gerade schon angesprochen, dass sich durch den Ausbau volatiler Energien die Redispatch-Maßnahmen

(Florian von Brunn (SPD): Sauberer Energien!)

und die Netzstabilisierungsmaßnahmen auf 3,5 Milliarden Euro versechzehnfacht haben,

(Florian von Brunn (SPD): Sie waren ja auch gegen den Netzausbau!)

vor allem, weil Ihre Partei – –

(Florian von Brunn (SPD): Ich störe Ihr Video, das Sie machen wollen!)

– Entschuldigung, habe ich jetzt das Wort? – Die Netzstabilisierungsmaßnahmen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro sind vor allem deswegen so hoch, weil Ihre Partei grundlastfähige und stabilisierende Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke mehr oder weniger verboten hat.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Schrottmeiler!)

Ich frage Sie deshalb: Haben Sie mit Ihren Kollegen in Berlin gesprochen?

(Florian von Brunn (SPD): Das mache ich ständig!)

Wird die SPD in Koalitionsverhandlungen dem Wiedereinstieg in die Kernkraft oder in die Kohlekraft, wie ihn die AfD fordert, zustimmen? Oder wird es das mit der Schuldenkoalition nicht geben?

Florian von Brunn (SPD): Herr Köhler, warum sollten wir wieder in die Atomkraft einsteigen? Sie ist unbezahlbar teuer, und wir wissen nicht, wo der strahlende und gefährliche Atommüll endgelagert werden soll. Sie sind nicht bereit, in Ihrem Garten oder in Ihrer Nachbarschaft ein Atommüllendlager zu bauen – da bin ich mir sicher. Sie wären doch der Erste, der dagegen wäre.

(Zurufe von der AfD)

Die Kohle ist ja wirklich aus dem 19. Jahrhundert.

(Zurufe von der AfD)

Ich weiß nicht, was Sie für Vorstellungen haben. Ich glaube, Sie wollen immer nur Verunsicherung schüren und spalten, um daraus politisch Kapital zu schlagen. Das ist Ihr Geschäftsmodell. Sie bringen aber keine vernünftigen politischen Vorschläge ein.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das übrige Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.